

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Gesch.-Konto: Hannover 57613 Der Abonnementspreis beträgt durch den Vorkauf oder durch die Post bezogen monatlich 10 Mk. — Post- und Geschäftsangelegenheiten jeder Art werden nicht angenommen. Verantwortl. für den Inhalt: Karl Schudy, Bochum. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Telefon-Nummern: 88, 89, 98. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Biemelhauser Straße 39-42. Telegramm: A1766 Bochum

Die Gefahr von heute und von morgen.

Die Mark gestrichen, ebenso wie der Somjetrubel an der Börse nicht mehr notiert! So las man in einer Meldung aus Basel am 12. September. In wahnsinnigen Sprüngen hatte sich die völlige Entwertung der Mark vollzogen, am 25. August stand der Dollar auf 4,7, in der ersten Septemberwoche auf 30, am 12. September auf 110-120 Millionen, am 20. September wurde ein amtlicher Kurs von 150, im Freihandelskurs bis 200 Millionen gemeldet. Die Preise folgten in immer kürzerer Frist dem Dollar und längst ist es üblich, daß die Kaufleute aller Branchen nur unter Zugrundelegung ihrer Goldpfeinnrechnung auch im Kleinhandel verkaufen und den Multiplikator täglich nach dem Dollarstand ändern. Am 20. September stellten wir an Preisen fest pro Pfund: Butter 91, Schmalz 50-60, Margarine 27, Öl 55, Schmierseife 22, Kernseife 60, Graupen 10, Salz 1, Mehl 10, Zucker 8, Reis 10, Grießmehl 12 Millionen Mark. Für ein Ei wurden 6-9 Millionen Mark gefordert, Kartoffeln kosteten 700000 bis 1 Million das Pfund. Pfannen kosteten 3-4, grüne Bohnen 8-14, 1 Pfund Gurken 40 Millionen. So beträchtlich auch der Erfolg der Gewerkschaftsorganisation war, den sie mit dem Versuch der Wertbeständigmachung der Löhne erreichten: bei dieser Entwicklung müssen alle solchen Maßnahmen nur jämmerliches Stückwerk bleiben.

Der Reichsindex zeigte bis zum 17. Sept. folgende Entwicklung:

1913/14 = 1	6. August	149 531
Durchschnitt Mai	18. August	438 085
Durchschnitt Juni	20. August	753 738
Durchschnitt Juli	27. August	1 183 434
Durchschnitt August	3. September	1 845 261
4. Juli	10. September	5 051 048
11. Juli	Steigerung gegen Vorm. 178,7%	
16. Juli	17. September	14 244 900
23. Juli	das ist eine Steigerung gegen die	
30. Juli	Vormoche von	182%

Der Großhandelsindex des Reichsamts stieg am 4.-11. September um 288% auf das 11512231fache des Friedensstandes, vom 11.-18. September betrug die Steigerung 202,8% auf das 36-malige des Friedensstandes. Zwei Tage später war der Dollarstand und die Großhandelspreise aufs neue verdoppelt und kein Mensch kann sagen, wie die Entwicklung weiter geht, wohin sie geführt hat, wenn diese Zeilen den Kameraden im Druck vorliegen.

Die schmachvolle Schandwirtschaft einer bürgerlichen Regierung von „Fachmännern“ hat während des Ruhrkampfes alle Lehren des Weltkrieges, alle Mahnungen der Arbeiterbewegung in den Wind geschlagen. Wir nahmen den Kampf an der Ruhr auf, wiesen aber von vornherein darauf hin, daß er nicht erfolgreich zu führen sei, ohne ein sofortiges dauerndes Opfer des Besitzes zur Führung dieses Kampfes. Man hörte uns nicht, druckte Milliarden, Billionen von Banknoten, fabrikierte jede Steuer und verbiente Milliarden und Billionen am Ruhrkampf und seinen Folgen.

Eine Minute vor dem Ende raffte man sich denn zu Steuern auf, die an sich brutal genug waren, um wirksam der Finanznot und dem Preissturz zu begegnen, wenn zugleich die gegenwärtig tiefste Ursache, die Geldentwertung, der Ruhrkonflikt, seinem Ende entgegen geführt worden wäre. 60-70 Billionen sollten die neuen Steuern bringen, nur um 20-30 Billionen war zeitweise die Reichsschuld höher als dieser erwartete Steuerbetrag. Aber dieser Betrag selbst wurde durch systematische Steuerabgabe geringer, Duende von 20 Billionen erforderte täglich der Ruhrkampf zur Bezahlung der gegangenen unproduktiven Waisenden im wichtigsten Industriegebiet des Landes (60 Billionen täglich erforderte die Erwerbslosenunterstützung) und so war auch diese Steuer weisse Salbe.

Wieder einmal gingen Sozialdemokraten in die Reichsregierung, wieder einmal rückten sie Ansehen und Popularität, um den Kaufkraft ihrer Vorgänger in der Reichsregierung auszumessen. Was sie jahrelang gefordert, was, vor einem Jahre erfüllt, vielleicht den Ruhrkonflikt vermeiden hätte, wurde nun schrittweise in Angriff genommen: Währungsreform, Sachwertenerfassung, Hand in Hand damit ging endlich eine vernünftige Politik zur Beendigung des Ruhrkonflikts.

Welchen Erfolg oder Mißerfolg diese Politik gehabt hat, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, kann im Augenblick der Niederschrift nicht gesagt werden. Ob Frankreich vernünftig genug ist, durch schnelle Verhandlung zu helfen, dem Chaos in Deutschland vorzubeugen, ob es gelingt, die breiten Volksmassen vor der akuten Hungergefahr zu schützen, in diesem Augenblick wissen wir es nicht. Wir hoffen es.

Aber wenn wir dieses Glück haben, wenn es gelingt, rasch Frieden an der Ruhr und damit die Vorbedingung der Erhaltung unseres Landes, unserer Wirtschaft zu erreichen, wenn wir vor dem Blitzen des Hungerkrieges bewahrt bleiben, dann kommen neue Gefahren. Das Kohlenmonopol ist um drei Monate verlängert, das Umstellungsgesetz für die staatlichen Bergwerke ist so zugeschnitten, daß die Werke arbeiten können, ohne Kohlenmonopol. Eine Reihe anderer Momente spricht dafür, daß die Unternehmer sehr bald die Zeit für gekommen erachten, die Kohlenmonopolwirtschaft zu zerlegen.

Der Stinnesdirektor Minouy hat in einer Broschüre: „Deutschlands Not und Rettung“ keinen Zweifel über die Gefahren gelassen, die von dem „Wiederaufbauprogramm“ der Unternehmer der Arbeiterkraft drohen. Einige seiner Vorschläge sind gut, auch manches, was über die Bureaokratie im Lande, die verschiedenen Sparmaßnahmen sagt, ist der Erwägung wert. Aber er will das „Krebsgeschwür der Zwangswirtschaft“ auf allen Gebieten wegoperieren.

„Die fabriktätig entstandenen Gesetze und Verordnungen müssen aufgehoben werden. Disziplin und Arbeitszeit, ... Verlängerung der ungenügenden Arbeitszeit, sie sind eiserne Notwendigkeit und einzige Möglichkeit, uns vor dem vollendeten Untergang zu bewahren.“

Minouy rechnet einerseits mit großer Arbeitslosigkeit, andererseits will er alle möglichen Bauten einschränken und nur wirkliche Notstandsarbeiten ausführen, für die er auf billiges Material rechnet, insbesondere dann, wenn keine preislichen Hindernisse in Form von Syndikaten, Kartellen, Konventionen mehr bestehen.

Wir glauben Herrn Minouy gern, daß er die Zwangssynthetate beiseite schiebt, aber glaubt er selbst daran, daß die Unternehmer auf ihre freiwilligen Syndikate verzichten? Ist es nicht tödlicher, daß das Aufheben der Gemeinwirtschaft in Kohle und Kali zu einer vollendeten Herrschaft der kapitalistischen Monopole über unser Land und Volk führen würde?

Wir kommen auf die Ausführungen von Minouy noch eingehend zurück. Die paar Sätze, die wir zitierten, zeigen schon die großen Zukunftsgefahren für die Arbeiterbewegung und rufen jeden Kameraden zu: **Schärfe deine Waffe, härte deine Organisation für diese Kämpfe einer nahen Zukunft!**

Die Lohnverhandlungen

am 20. September führten zu keiner Vereinbarung. Ein Schiedsspruch vom 21. September (gegen die Stimmen der Arbeitnehmer) setzte in der Höhe von 185,7 Prozent fest, daß ist für das Ruhrgebiet ein Gesamtdurchschnittslohn einschließlich Hausstands- und Kinderlohn von 180, für oberirdische Steinkohle von 120, für sächsische Steinkohle von 112, für die Kernzeile des mitteldeutschen Braunkohlensgebietes 108 Millionen Mark je Schicht. Nähere Mitteilungen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Die Kohlenpreise wurden infolge der Lohnverhöhung zunächst am 14. September mit Wirkung vom 17. September an erhöht. Der Preis für Ruhrsteinkohle erhöhte sich durch Umrechnung einschließlich Steuer von 108 Mill. auf 621 240 000 Mk. pro Tonne. Davon sind 195 100 000 Mk. Steuer, so daß der Wert netto 426 140 000 Mk. verbleiben. Für Obersteinkohle kam ein Verkaufspreis (einschließlich Steuer usw.) von 438 320 000 Mk. in Frage. (Die Steuer beträgt hier 131 700 000 Mk., der Nettopreis also 306 620 000 Mk. pro Tonne.) Vom gleichen Tage ab werden die Kohlenpreise nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark veröffentlicht und berechnet. Erfolgt die Zahlung in Papiermark, so werden die Papiermarkbeträge nach der amtlichen Dollarnotierung an der Berliner Börse, Mittelkurs zwischen Geld- und Briefkurs, 1 Dollar 4,20 Mk., am Tage nach Zahlungseingang in Goldmark gutgeschrieben.

Die Verkaufspreise für die Verbraucher betragen z. B. für eine Tonne Ruhrsteinkohle 28,08 Goldmark, während sie im Durchschnitt aller Sorten in Oberschlesien 19,81, in Niederschlesien 23,28, Sachsen 27,59, Jhbüden 24,68 Goldmark ausmachen. Hiernach stellt sich der Verkaufspreis für eine Tonne obersteinkohle Stammschicht auf 22,93 Goldmark, niederschlesische Ruhr 1 gewaschen (Fürtentem) 27,14 Goldmark, sächsischer Steinkohle auf 38,60 Goldmark, niederschlesischer Gießerei-Stückloths auf 42,48 Goldmark, Ruhrsteinkohle 28,08 Goldmark und Ruhrsteinkohle 37,21 Goldmark, Ruhr-Großloths 41,01 Goldmark, mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlensortimente 14,58 Goldmark.

Nach Abzug der Kohlensteuer, der Umsatzsteuer, des Heimstättenbeitrags und der Handelsprovision verbleiben den Zeichen als reine Verkaufspreise: im Ruhrgebiet für eine Tonne Steinkohle 19,26 Goldmark, in Oberschlesien für eine Tonne im Durchschnitt aller Sorten 13,86 Goldmark, in Niederschlesien für eine Tonne im Durchschnitt 17,86 Goldmark, in Sachsen für eine Tonne im Durchschnitt 20,80 Goldmark, in Jhbüden für eine Tonne im Durchschnitt 17,20 Goldmark, in Mitteldeutschland und Ostelbien für eine Tonne Braunkohlensortimente 10,45 Goldmark.

Die Folge dieser Goldmarkrechnung werden Verhandlungen über Goldmarklöhne sein.

Verband, Union und Einheitsfront.

Die Union der Hand- und Kopparbeiter hat in den letzten Wochen zentral- und bezirksweise ihre Versuche fortgesetzt, unseren Verband zu gemeinsamen Verhandlungen zu bewegen, zu den Lohnverhandlungen zugelassen zu werden oder eine Verschmelzung der Union mit dem Bergarbeiterverband zu verlangen.

Am 3. September ging unserem Hauptvorstand von der Union ein Aufruf an die Angestellten- und Arbeiterorganisationen des Bergbaues zu, in dem zu einer Einheitsfront zum Kampf für den Friedensreallohn der Bergleute aufgerufen wurde. Für die Woche vom 3. bis 9. September wurde ein Schichtlohn von mindestens 15 Mill. Mk. als notwendig bezeichnet. Diese Forderung der Union wurde von der Arbeitsgemeinschaft durchgesetzt, ohne daß die Forderung ihr bekannt war! Für die Woche vom 3. bis 9. September betrug der Schichtlohn im Ruhrgebiet durchschnittlich 15 Mill. Mk., der Durchschnittslohn der Gehilfenarbeiter mindestens 16 696 000 Mk. Daß die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung auch diese Lohnverteilung rasch illusorisch machte, ist bekannt. Die Union, die am 4. September den Lohn von 15 Mill. Mk. als notwendig bezeichnete, hat aber kein Recht, diesen Lohn als „Spot und Hofn“ zu bezeichnen, wie sie es in einem späteren Schreiben tut. Gegen den schärfsten Widerstand der Unternehmer wurde für die Woche vom 10. bis 17. September eine Lohnverhöhung für das Ruhrgebiet auf durchschnittlich 58 Mill. Mk. erreicht, der Durchschnittslohn der Bedingearbeiter mußte mindestens 62 218 000 Mk. betragen! Aber auch diese Lohnverhöhung wurde durch die Preisentwertung rasch überholt.

Solange die Inflation nicht beendet, solange nicht gleichzeitig eine Währungsreform durchgeführt ist, geht der Notstand, die Geldentwertung und die Preissteigerung unaufhaltsam weiter! Die gewerkschaftliche Lohnpolitik kann noch so radikal und erfolgreich sein: verdoppelt sie den Lohn, so steigt gleichzeitig die Notensumme, der Dollar und die Preise und drei Tage später ist das Geld wieder da. Hier kann neben wirtschaftlicher Mäßigkeit gegen Wucher und Spekulation nur die politische Aktion für Ruhrkampfbeendigung und Währungsreform helfen! Union, AFD, und Deutschnationale predigen aber fortgesetzt blindwütigen Kampf gegen die Franzosen. Spielen mit dem Gedanken eines Krieges gegen Frankreich. Eine Verständigung mit der Union ist deshalb vorläufig völlig unmöglich.

Während die Zentralleitung der Union ihre Zulassung zu den Lohnverhandlungen verlangt, will sie andererseits den Austritt der Verbände aus der Arbeitsgemeinschaft. Daß bei Erfüllung dieses Verlangens sofort eine neue wenn auch formlosere Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Arbeitsbedingungen usw. entstehen müßte, liegt auf der Hand.

In Lugau-Deisnig schlug die lokale Leitung der Union unserer Bezirksleitung eine Verschmelzung der Union mit dem Bergarbeiterverband vor unter der Voraussetzung: Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft, Bildung von Betriebsorganisationen und Neuwahl sämtlicher Funktionäre und Angestellten.

Wir haben in kritischen Zeiten immer den Ruf nach Einigung gehört. Die sind zu jeder einheitlichen Kampfführung mit anderen Verbänden bereit, sobald die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Die Kampfmethoden der Union, die bisher in der Mehrzahl der Fälle nur in zweckwidrigen Aktionen mit Gewaltanwendung bestanden, hindern aber solchen gemeinsamen Kampf und von einer Verschmelzung unseres Verbandes mit einer der roten Moskauer Gewerkschaftsinternationale Gehörjam schändigen Organisation kann

Wir haben in kritischen Zeiten immer den Ruf nach Einigung gehört. Die sind zu jeder einheitlichen Kampfführung mit anderen Verbänden bereit, sobald die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Die Kampfmethoden der Union, die bisher in der Mehrzahl der Fälle nur in zweckwidrigen Aktionen mit Gewaltanwendung bestanden, hindern aber solchen gemeinsamen Kampf und von einer Verschmelzung unseres Verbandes mit einer der roten Moskauer Gewerkschaftsinternationale Gehörjam schändigen Organisation kann

Wir haben in kritischen Zeiten immer den Ruf nach Einigung gehört. Die sind zu jeder einheitlichen Kampfführung mit anderen Verbänden bereit, sobald die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Die Kampfmethoden der Union, die bisher in der Mehrzahl der Fälle nur in zweckwidrigen Aktionen mit Gewaltanwendung bestanden, hindern aber solchen gemeinsamen Kampf und von einer Verschmelzung unseres Verbandes mit einer der roten Moskauer Gewerkschaftsinternationale Gehörjam schändigen Organisation kann

erst recht keine Rede sein. Unter Verband ist deshalb ebensowenig wie die anderen der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Bergarbeiterverbände in der Lage, dem Verlangen der Union zu entsprechen, solange sie an die Befehle und Methoden Moskaus gebunden ist.

Kampfstimmung der mitteldeutschen Bergherren.

Unsere Bezirksleitung schreibt uns: Die mitteldeutschen Bergherren haben Kampfstimmung bekommen. Seit einiger Zeit mühen sie sich untereinander verbündet ab, den Bergarbeitern zu beweisen, daß die früheren „Her-in-Haus“-Manieren wieder zur Geltung gebracht werden müssen. Das äußert sich ganz besonders darin, daß sie den letzten Streik als willkommene Gelegenheit benutzen, mit dem großen Heilmachen zu beginnen. Wer sich als Funktionär seines Verbandes mißlieblich gemacht hat, liegt ohne viel Federlesens. In erster Linie richten sich die Angriffe gegen die Betriebsräte, denen von Seiten der Betriebsleitungen die schändlichsten Schwierigkeiten bereitet werden. Ganz besonders auf den Werken der Hugo Stinnes, Riebeck Montanwerke, wird diese heftige Einrichtung der Betriebsvertretungen durch einen Strab an aller Werkorgane bekämpft. Durch ein Schreiben ist den Betriebsräten mitgeteilt worden, daß sie sich ohne weiteres den Weisungen der Betriebsleitung zu fügen hätten.

Aber auch bei den Lohnverhandlungen lassen die Herren von einer Verhandlung zur anderen immer mehr erkennen, daß ihnen das Treiben der Gewerkschaften nicht mehr paßt. Von Verhandlung zu Verhandlung steigern sie den Druck ihrer Mehr gegen höhere Lohnzahlung mit der die Bergarbeiter irreführend behaupten, daß die „maßlos“ hohen Löhne den Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft herbeiführen. Ja, der Führer des mitteldeutschen Braunkohlensgebietes, Generaldirektor Pfaffschel, erklärte sich zu dem starken Tone:

„Was geht das uns an, wie die Arbeiter mit ihren Löhnen auskommen, er: kommt die Wirtschaft, dann die Arbeiter.“

Das ist das geflügelte Wort von dem Hochhalten der deutschen Volkswirtschaft, bei dem die einen maßlos verdienen und die anderen ebenso maßlos hungern und verarmen. Darüber wird dem Kundigen längst die Augen aufgegangen, daß mit dem Schlagwort „Volkswirtschaft“, wenn es von dieser Seite angewandt wird, nur der tiefere Sinn der Jucht vor dem Proletariat steckt. Die Arbeiter gehören auch zur Volkswirtschaft — sie sind ihr wertvollster Bestandteil!

Aber einen besonders merkwürdigen Klang bekommt die Phrase von der Erhaltung der Volkswirtschaft durch die großprecherische Drohung des deutschen Nationalen Reichstagsabgeordneten und Stinnes-Boschmittens Leopold, der wegen der hohen Löhne sämtliche Stinnes-Riebeckwerke schließen will. Vor kurzem noch forderten die Herren Leberich und jetzt geben sie zu unfaulartigen Betriebsleistungen über und drehen gar ihre Betriebe zu schließen. Das sind die für sorglichen Führer der deutschen Volkswirtschaft, denen das Vorhandensein von Arbeitslosen eben so gleichgültig ist wie der Umstand, daß im künftigen Winter die deutsche Bevölkerung frieren muß, weil der Preis in Gefahr ist. Und die dann als Schuldige die „nimmerfaktischen“ Verarbeiter hinstellen und auf sie die frierende Bevölkerung und die Regierung legen.

In Wirklichkeit soll der bis zum Hungerkriege getriebene Widerstand gegen eine nur der äußersten Notwendigkeit entsprechende Lohnpolitik als Trümmittel auf die Regierung zur Hergabe von Krediten dienen. Es hat keinen Zweck, es immer so hinzustellen, als seien allein die Löhne die Ursache der Teuerung; ein Umblick in gewissen Kreisen überzeugt zur Genüge, daß als fast alleinige Ursache nichts anderes als die schamlose Profitgier der gewinnorientierten Monopollindustrien und der Landwirte in Frage kommt.

Freilich in Mitteldeutschland ist der Ruf von Stinnes und Raumer nicht ungehört geblieben. Mehrproduktion — verlängerte Arbeitszeit, das ist die Parole, deshalb der doppelte Druck auf die Regierung und die verbrauchende Bevölkerung, die Bergarbeiter zu williger Unterordnung zu zwingen. Die Regierung hat die Pflicht, ihre ganze Aufmerksamkeit auf dieses Treiben zu richten, um gegebenenfalls rücksichtslos die nötigen Zwangsmaßnahmen gegen die „Saboteure der Volkswirtschaft“ zu ergreifen. Der disziplinierte Mittelherr der Bergarbeiter ist in diesem Falle gewiß.

Aber worauf es den Bergherren zum Schluß ganz allein ankommt, das hat der Generaldirektor der Mansfeld U.-G. Reinold, der über etwa 20000 Arbeiter gebietet, im Eifer verraten. Herr Reinold erklärte nämlich:

„Da die Gewerkschaften kein Verständnis für die wirtschaftliche Notlage hätten, würden in aller Kürze die Lohnverhandlungen nicht mehr mit den Gewerkschaften, sondern mit den Arbeitern der Betriebe selbst geführt werden.“

Das ist ehrlich, aber auch deutlich genug. Die mitteldeutschen Bergherren fürchten die Gewerkschaften und halten ihre Arbeiter für dumme genug, in ihnen willige Stützen im Streben nach höherem Profit und betrieblicher Alleinherrschaft zu finden.

Das heißt also, die Bergherren wollen die Gewerkschaften erledigen, weil sie dann hoffen, bei ihren Arbeitern das richtige Verständnis für niedrigere Löhne und verlängerte Arbeitszeit zu finden!

Die Herren werden sich irren. Sie mögen ihre Hoffnung nicht auf die letzten Ereignisse bauen. Die Stinnes'schen Pläne werden die mitteldeutschen Bergarbeiter gerührt finden. Unter der Führung des Bergarbeiterverbandes werden sich die Bergarbeiter geschlossen zur Wehr setzen. Sie werden nun erst recht den letzten Mann zur Bestimmung bringen, wo es ums Ganze geht, damit Stinnes und seine Gläubiger auf Granit begehen.

Nun erst recht werden die Bergarbeiter in ihren Organisationen die einzige Stütze sehen! Bergarbeiter lernt, die Bergherren haben Euch klar gemacht, daß sie keine Gewalt so sehr fürchten als die Gewerkschaften! Im mitteldeutschen Bergbau darf es keinen Inorganisierten mehr geben.

Renegaten im Saarland.

Das neue Verändchen, das Emil Becker gegen unseren Verband gegründet hat, will und will nicht vorwärts kommen. Alle Versuche, sich als Vertreter rein saarländischer Interessen aufzuspielen und die dicke Franzosenfreundlichkeit zu leugnen, müssen im Verband selbstverständlich ergebnislos bleiben, da man hier die Entstehungsgeschichte des Verändchens und seine Finanzierung zu genau kennt.

Der Auswärtige braucht nur einen Blick in das Blättchen des Verbandes, den „Saarbergmann“, zu werfen, um die völlig pro-französische Einstellung Waders zu erkennen. In Nr. 4 liest man z. B.: „Wenn man ihnen (Wader und Genossen) heute den Vorwurf macht, daß sie während des Streiks die Fahne verlassen haben, so ist zu sagen, daß sie nur der Vergarbeiterfrage an der Saar dienten, wenn sie einer Fahne nicht mehr folgten, die von großpreussischen Agenten getragen wird, derselben Mentalität wie die Salenkreuzler. Doch alle diejenigen, die jetzt Verdräcker heißen, von der Zentrumspartei bis zu den Kommunisten, sie werden in Zukunft erleben müssen, daß trotz der 4 1/2 Jahre langen großpreussischen Propaganda der Saarbergmann nicht großpreussisch gerichtet ist.“

Wie kennen die lokale bürgerliche Presse nicht so genau, um zureichend zu beurteilen, wann und wo Salenkreuzlergeist sich bemerkbar macht. Über unseren Verband z. B. großpreussisch, von salenkreuzlerischem Geist befeuert zu nennen, ist eine durch nichts zu rechtfertigende Unverschämtheit. Ein Wunder ist ein solches Urteil natürlich nicht bei denen, die auch in ihrem Verbandsblatt in hohen Tönen das Lob der französischen Schulen im Saargebiet singen. Wir und unsere Kameraden sind nicht Großpreußen, aber Deutsche, die nicht dummdümmlich unter ein Fremdjoch kriechen und ihr Land, ihr Volk und ihre Sprache verleugnen.

- Wie dem Blättchen alle Mittel zur Höhe dienen müssen, zeigt die folgende, in Nr. 3 abgedruckte Gedentafel:
- Razi Weckhacht — ermordet!
 - Rosa Luxemburg — ermordet!
 - Kurt Eisner — ermordet!
 - Hans Baasche — ermordet!
 - Erzberger — ermordet!
 - Walter Rathenau — ermordet!
 - Gareis — ermordet!
 - Ernst Döller — eingekerkert!
 - Kapitänleutnant Ehrhardt — erschossen!
 - Deutschland — Republik!

Arbeitet das Blättchen hier ganz nach kommunistischen Methoden, ohne zu erwägen, daß die Zersplitterung der deutschen Arbeiterkraft erst die Reaktion in der deutschen Republik stärkte, so bemüht es an anderer Stelle rein französische Geheimnisse. Es schreibt:

Dem Kampfgebiet in Frankreich.

- Gesamte Gemeinden: 3256.
- Gesamte Einwohner: 2500728.
- Zerstreute Häuser: 789000.
- Verwüstete Forsten: 3337000 ha.
- Zerstreute Straßen: 52734 km.
- Zerstreute Eisenbahnen: 4034 km.
- Große Fabriken zerstört: 5297.

Auch wenn diese Zahlen richtig wären: sind die deutschen Arbeiter dafür verantwortlich oder nicht vielmehr die Kriegsherrn und Kriegsverlängerer in Deutschland und Frankreich und den anderen Ländern. Hat irgend jemand mehr getan für die deutschfranzösische Verständigung als die deutschen Gewerkschaften, die praktisch den Wiederbau Nordfrankreichs in die Hand nehmen wollten oder wie die deutschen Bergleute, die trotz Entbehrung und Not Ueber-schichten wegen der Reparationslast machten?

Man sieht, nicht wir sind „großpreussisch“ oder „salenkreuzlerisch“, aber Wader und Genossen mit deutschen Namen sind-französische Agenten!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Wilhelm Pfannkuch †.

Eine markante Gestalt aus der deutschen Arbeiterbewegung, Wilhelm Pfannkuch, ist im fast vollendeten 83. Lebensjahr verschieden. Pfannkuch war ein Kämpfer Kind; als 19jähriger Tischler-geselle ging er auf die Wanderschaft, kam nach Berlin und hier über Schulze-Dehlig in die Einflussphäre von Lassalle. Nach sieben-jähriger Wanderschaft kam Pfannkuch nach Kassel und ver-anlasste den Anschluß des sozialdemokratischen Arbeiterbildungs-vereins an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Er zog aus seiner Stellung als Vorarbeiter in der Eisenbahnwerkstätte hinaus, wurde Expedient und Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes, das durch das Sozialistengesetz verboten wurde. Er arbeitete viel für die Gewerkschaftspresse, wurde 1892 Redakteur der „Tischler-Zeitung“, kam aber bald wieder in die politische Bewegung. 1894 kam er für Hafencorner in den Reichstag. Seit 1899 war er Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung, seit 1901 im Vorstand der sozialdemokratischen Partei. Auf dem Einigungsparteitag in Nürnberg konnte er der U.S.D. noch die Bruderhand reichen. Der Gewerkschaftsbewegung stand er bis zu seinem Ende mit größtem Verständnis entgegen. Wenn wir alle so ernsthaft und selbstlos wie Pfannkuch unserer Sache dienen, ehren wir sein Gedächtnis am besten.

Wierzig Jahre „Metallarbeiter-Zeitung“.

Am 15. September 1883 gründeten Grillenberger und Schones in Nürnberg die „Metallarbeiter-Zeitung“, die zunächst von Fach-vereinen, Krankenkassen usw. über Wasser gehalten und nach dem Fall des Sozialistengesetzes Organ des Metallarbeiterverbandes wurde und seitdem in vorbildlicher Weise die Interessen der Metall-arbeiter und der Arbeiterbewegung vertrat. Auch in den Meinungs-kämpfen der letzten Jahre, die auch im Metallarbeiterverband heftig tobten, verlor das Blatt nicht an Einfluß und Ansehen und wird hoffentlich immer ein tapferer, kluger Kämpfer für die Arbeiterinteressen sein.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Auswanderung nach Amerika.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten ist gesetzlich beschränkt, auch die Arbeiterorganisationen widersprechen sich der schranken-losen Einwanderung, weil sie davon eine Herabdrückung der Lebens-haltung der amerikanischen Arbeiter befürchten. Die Einwanderungs-gesetze werden rigoros gehandhabt. Kürzlich meldete der J.B.H.: „Bei verschiedenen Schiffen einige Minuten oder Stunden zu früh in die amerikanischen Gewässer einführen, sollen 1800 Auswanderer zurückgehandelt werden. Die bis zum 31. August zugelassene Zahl der Einwanderer war erreicht und die Schiffe, die am 31. August nachts um 11,55, 11,56, 11,57 und 11,58 Uhr die amerikanische Wassergränze überschritten, hatten kein Recht, Auswanderer nach Amerika zu bringen. Einige Minuten später wäre dieses Recht vor-handen gewesen. Der zuständige Beamte erklärte nach einem Be-richte der „Times“, daß es unmöglich sei, zugunsten der unglück-lichen Leute vom Buchstaben des Gesetzes abzuweichen.“

Die Bergbauunternehmer Amerikas setzen sich vor neuen Konzessen mit der Arbeiterkraft, die die Arbeit der Regierung nach einer gemeinwirtschaftlichen Forderung des Kohlenbergbaues unter-stützt. Durch Agenten suchen sie auch in Deutschland Bergarbeiter. Aus Ilfenburg (Hart) wird uns ein Bericht überbracht, den die Agenten unterschreiben lassen. Darin wird versprochen, daß die Quincy Mining Company in Concord, Grafschaft Houghton, Staat Michigan, die Reisekosten vorzieht. Sie hält diese Kosten aber in Katen vom Lohn ab und droht mit Strafverfolgung wegen Ver-trugs, wenn der Betreffende nicht seinen Vertragsverpflichtungen nachkommt, nicht zu den vereinbarten Bedingungen arbeitet. An Lohn werden 4,15 bis 4,50 Dollar versprochen, zusätzlich einer Leistungsprämie, über die Näheres nicht gesagt wird. Unterkunft und Verpflegung soll gewährt werden für einen Preis, der nicht mehr als einen Dollar im Monat beträgt. Wir sind leider über die Verhältnisse bei dieser Gesellschaft nicht orientiert, die engere Verbindung mit der amerikanischen Organi-sation ist erst kürzlich hergestellt und wird gegenwärtig durch eine Reise des Sekretärs des Internationalen Bergarbeiterbundes nach Amerika befestigt. Bis zum Vorliegen näherer Nachrichten können wir nur dringen vor Abmachungen mit fremden Agenten warzen.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Leichsinn oder Verbrechen?

Wie der „Kompaß“ mitteilt, brach auf der Zeche Stabbe am 24. Mai während des Schichtwechsels (Mittag- und Nachtschicht) ein Grubenbrand aus. Die Untersuchung ergab, daß es sich nur um eine Brandstiftung handeln kann, weil eine Selbstentzündung der Kohle oder Brandentzündung durch Reibung an dieser Stelle ausgeschlossen sei. — Wenige Tage später wurde in einer Hapfelammer eine Streichholzschachtel mit einigen abge-brannten Streichhölzern gefunden. Zweifellos hängt der letzte Vorfall mit dem leidigen Zigarettenrauchen zusammen.

Nachdem kann immer noch zu den gefährlichsten Taten gerech-net werden. Wenn wir auch der Meinung sind, daß die gesunde Pädagogik das beste Mittel ist zur Erweckung von Verantwortungs-gefühl, so sind vorstehende Vorfälle, besonders die Streichholzschache, die klar vorlegt, so schlimm, daß man von einem Leichsinn fast nicht mehr reden kann. Menschen, die so gewissenlos handeln, ge-hören nicht in die Gemeinschaft der Bergarbeiter. Der Betriebsrat erfüllte nur eine selbstverständliche Pflicht, wenn er diese Vorfälle aufs schärfste verurteilte.

Franzosenfreundliche polnische Bergarbeiter.

Die Sympathie der polnischen Arbeiter für die Franzosen er-scheint vielen unerklärlich, besonders wenn man die weitgehende Gastfreundschaft beachtet, die ihnen in der deutschen Republik ge-währt wird. Man darf also nicht vergessen, daß das slawische Wesen mit dem Westeuropas nicht auf gleicher Stufe steht. Zu beachten ist ferner, daß in den letzten Jahrzehnten kulturellen Fort-schritts, der größte Teil Polens von russischer Kultur überschattet war und die unter der kaiserlich-deutschen Sonne lebenden Polen eher zu allem anderen als zur Sympathie für Deutschland erzogen wurden. Der Germanisierungskult der Monarchie, verbunden mit brutalsten Unterdrückungsmaßnahmen, hat tiefgehenden Haß erzeugt. Man darf nicht einwenden, daß das heutige demokratische Deutsch-land mit den Sünden des früheren Deutschland nichts zu tun habe. Tiefe Einsicht erfordert ein Verständnis, der bei der großen zurück-gebliebenen polnischen Masse noch nicht zu finden ist.

Es gibt leider noch immer von europäischer Kultur verschont gebliebene Polen, die von einem religiösen, kulturwidrigen Fanatis-mus befeuert sind. So trivial es klingen mag: bei ihnen gibt es nur einen wahren Gott, den polnischen: den polnisch sprechen-den, polnisch verstandenen Gott. Der beste deutsche Katholik taugt nichts, weil ein deutsch verstandener Gott ein Unbiling ist. Anders ist es allerdings mit den deutschen Industriepolen, besonders im Ruhrrevier, die mit der deutschen Arbeiterbewegung mit empot-gewachsen, einen freieren Blick für das Weltgeschehen bekommen haben. Aber auch hier blieb ein gewisser konservativer Teil in Arg-wohn und Rückständigkeit liegen. Die frühere deutsche Polenunter-drückung im Ruhrgebiet hat dazu wesentlich beigetragen.

Gewisse Demagogen wissen den rückständigen religiösen Fanatis-mus in raffinierter Weise auszunutzen. So ist es auch zu erklären, wie in Oberschlesien eine geringe Anzahl Inzurgenten-führer, unter Führung Korfantys, einen solchen blinden Haß gegen das Deutschum entfachen konnten. Selbst polnisch sprechende Arbeitsbrüder, die nicht rücksichtslos auf das „heilige polnische Vaterland“ schworen, wurden mißhandelt, beraubt, gemordet, aus ihrer Heimat vertrieben.

In den Augen dieser Polen sind es die Franzosen, welche ihnen ihre „heilige Muttererde“ zurückgaben. Alle anderen Ein-wohner prellen an dem durch Demagogen eingetrichterten Haß gegen Deutschland ab. Und dieser Zustand entspricht der Politik polnischer Gewaltpolitiker. Offen erklären diese, daß weitere Annektionen deut-schen Lebens für Polen notwendig sind.

Als der Ruhrbruch erfolgte, begrüßten freudig, offen oder auch im stillen gewisse (die fanatisierten) nationalitische Polen-keise die eingehenden französischen Truppen. Besonders in den Polenzentren, wie Herne, Wanne, Recklinghausen u. a. entspannen sich heftige Debatten in Arbeiterkreisen zwischen den provozierenden aufstrebenden Nationalpolen und anderen. Wie tief der Fanatismus wurzelt, zeigt die in Herne beobachtete Tatsache, daß solche Fanati-ker angeht die der einmüschierenden Franzosen die Kopfbedeckung abnahmen und betend die Hände falteten. Dazu kam noch, daß die Franzosen ein ganzes Heer von Agenten auf die Polen los-ließen, um sie für sich zu gewinnen.

Trotzdem muß gesagt werden, daß sich das Gros der Polen tabelllos hält, ja man kann sagen, daß die große Mehrheit dem Ein-bruch ablehnend gegenübersteht, wie auch das Verhalten der polni-schen Bergarbeiterorganisation einwandfrei ist. Einzelheiten, wie sie an verschiedenen Orten, z. B. in Jäcern, passiert sind, dürfen nicht verallgemeinert werden. Der hier noch wuchernde Fanatis-mus beherrscht eine nur geringe Minderheit. Laßjache bleibt eben, daß der größte Teil der hier wohnenden Polen zu uns hält und das Vorgehen ihrer Landsleute scharf verurteilt. Viele Träger eines polnischen Namens haben aber mit dem polnischen Geist an sich gar nichts mehr gemein, sie sind mit deutschem Wesen, deutscher Kultur ver wachsen und von diesen untrennbar. Wir müssen uns also hüten, einen Rassenhaß aufkommen zu lassen, müssen zeigen, daß wir bessere Menschen sind.

In Jäcern haben am 10. September etwa 300 Polen von den von Franzosen besetzten Zechen Viktor und Jäcern eine Ver-sammlung abgehalten. Selbst einige Funktionäre der Polnischen Berufsvereinigungen sprachen dort dafür, daß man unter französischer Regie arbeiten solle. Etwa 30 Versammlungsbefugter, welche da-gegen waren, wurden aus dem Lokale verwiesen. So wurde dann ein solcher Beschluß gefaßt und in die Tat umgesetzt. Die Leitung der Polnischen Berufsvereinigungen verurteilt diese Handlungsweise aufs schärfste. Aber nicht nur dort anfällige Polen haben die Arbeit für die Franzosen aufgenommen, sondern auch von anderen Gegenden des besetzten Gebietes werden welche herangeholt, die in Privatquar-tieren untergebracht werden. Zu diesem Zweck werden einheimischen Arbeiterfamilien meist Schlafzimmer mit kompletten Betten abge-nommen. Die betreffenden Familien werden selbst auf enge Räume angewiesen und müssen oft mit fünf und mehr Personen auf einem Zimmer schlafen.

Zur vorstehenden widerpiegelt sich die geistige Rückständigkeit jener Menschen. Sie machen sich keine Gedanken um die Zukunft, um die Schändlichkeit ihrer Handlungsweise gegenüber der deutschen Republik, die ihnen freies Gestalt gewährt. Ohne Gewissens-bisse legen sie sich in die von Franzosen beschlagnahmten Betten ihrer lebenden Massengestossen!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Die Meinung der rheinischen Bergarbeiter.

Berrier. — Die Organisation der Unorganisierten.
Bom Bezirksbureau Oeluel unseres Verbandes wird uns ge-schrieben: Der Bergarbeiterverband hatte für Sonntag den 9. Sep-tember für den Braunkohlenbergbau vier Teilkonferenzen in Brühl, Oeluel, Grewenbroich und Rödrath einberufen, um zur allgemeinen Lage, zur Geldentwertung, die die Finanzen, die Einrichtungen und damit die Aktionsfähigkeit des Verbandes aufs schwerste bedroht, Stellung zu nehmen. Teilgenommen haben die Generalsamm-lungsbelegierten, Vertrauensleute und Kassierer der Zählstellen und Obleute der Betriebsräte. Die Konferenzen verliefen ruhig und sachlich. Die Ausreden fanden auf einer beachtenswerten geis-tigen Höhe. Aus allen Diskussionen klang der einmütige Wille, unter allen Umständen, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterkraft, die Organisation und die geschäftlichen Einrich-tungen der Organisation hochzuhalten.
Die Abänderung des § 13 Abs. 2 des Verbandsstatuts, wonach alle Mitglieder, die länger als zwei Wochen mit den Beiträgen im-Rückstand sind, jeden Anspruch auf die Leistungen des Verbandes verlieren haben, fand einstimmige Annahme. Die letzten Lohn-erhöhungen für den linksrheinischen Braunkohlenbergbau wurden

überall als ungenügend bezeichnet und die Organisationsleitung ersucht, alles einzusehen, um die Löhne der Braunkohlenbergarbeiter der Preissteigerung anzupassen

und mindestens dauernd auf derselben Höhe zu halten wie die Löhne der übrigen Kölner Industriearbeiter.
Die steuerlichen und anderen Finanzmaßnahmen der Regierung wurden begrüßt. Es klang aber der Wille durch, daß strikte durch-geführt wird. Der Währungsverfall ist das Übel, deshalb müssen alle Bestrebungen unterstellt werden, die auf eine Sanier-ung der Währung hinführen. Besonders scharfe Verurteilung fand das wilde Vorgehen der Belegschaft der Grube Wachtberg, wo durch kommunistische Verhetzung großes Unglück über die dortige Belegschaft gebracht wurde. Große Entrüstung kam zum Ausdruck bei der Fest-stellung, daß die bekannten kommunistischen Führer Warme, Schmitz, Weber, Fey das Solidaritätsgefühl gegenüber den Bergarbeitern der Grube Neurath mit Füßen treten, indem sie auf der Grube Neurath unter französischer und belgischer Regie die Arbeit aufge-nommen haben.

Die Organisation wurde weiter beauftragt, endlich mal auf die Neugestaltung des Rahmentarifes zu drängen. Das Verlangen des Vorsitzenden des Kölner Schlichtungsausschusses, der mehrmals er-sucht wurde, einen Termin über rahmentarifliche Differenzen angu-sehen, wurde mit Entzückung zur Kenntnis genommen.

Die Konferenzteilnehmer verpflichteten sich, alles einzusehen, um die Unorganisierten dem Bergarbeiterverband zuzuführen. Die Unorganisierten stützen nicht nur das Unternehmertum bei allen Ver-handlungen, sondern bilden auch eine wachsende Gefahr, daß alle gewerkschaftlichen und rahmentariflichen Erregungszustände zum Teufel gehen. Die Bezirksleitung wird ersucht, in Einvernehmen mit dem Vorstand alle Mittel und Wege zu beschreiben, die

zur Schaffung einer Industrieorganisation

führen. Nachstehende Entschlüsse fand einstimmige Annahme in allen Konferenzen:

„In klarer Erkenntnis, daß die katastrophale Geldentwertung die Finanzen, die Einrichtungen und die Aktionsfähigkeit des Ver-bandes aufs schwerste bedroht, im Hinblick auf die Gefahren, die der gesamten Arbeiterbewegung durch Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit-verlängerung und Lohnsenkung drohen, verpflichten sich die Konferenz-teilnehmer, alles einzusehen, um die Organisation hochzuhalten. Sie geben der Bezirksleitung und Bezirkskommission den Auftrag, die Beitragsleistung so zu gestalten, daß der Bestand der Organisation gewahrt bleibt. Sie verlangen von der Organisation, daß sie alles tut, um die Löhne der sich täglich überhörenden Preissteigerung anzupassen. Wird dieses durch zentrale Lohnverhandlungen nicht erreicht, so vertritt die Konferenz einstimmig den Standpunkt, daß die Verhandlungen bezirksweise geführt werden müssen.“

Um eine wirtschaftliche Existenzmöglichkeit sicherzustellen und um die drohenden Arbeitsverschlechterungen und Angriffe des Unter-nehmertums abzuwehren, verpflichten sich die Konferenzteilnehmer sowie die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes, durch Agitation dafür einzutreten, daß alle Unorganisierten dem Bergarbeiterverband zugeführt werden.“

In einer Teilkonferenz der beiden Bergarbeiterorganisationen die kürzlich in Verrenrath tagte, fand nachstehende Entschlüsse einstimmige Annahme:

Die am 26. August in Verrenrath tagende Vertrauensmänner-konferenz der beiden Bergarbeiterorganisationen verurteilt das undisciplinierte Vorgehen der Belegschaft der Wachtberg-Gruben sowie der Gruben Vererath und Karl. Die Konferenz verlangt, daß die Organisationen mit aller Energie anstreben, daß die Löhne im linksrheinischen Braunkohlenbergbau den Zeitenver-hältnissen angepaßt werden. Weiter sollen die Organisationen sobald als möglich Verhandlungen anbahnen, daß die Unorgani-sierten tatsächlich und praktisch von den Vorteilen des Tarifver-trages ausgeschlossen werden.

Der gute gewerkschaftliche Geist in genannten Konferenzen sorgt dafür, daß alle Zerstörungsbau der kommunistischen Partei wohl vorläufig das Herr der Unorganisierten fäkt, aber nicht imstande ist, eine Organisation, die in stürmischen Zeiten Rückschlüsse zu ver-zichnen halte, zu vernichten. Wenn alle Konferenzteilnehmer und Mitglieder der Bergarbeiterorganisationen trotz der persönlichen und rüchhaltigen Befürwungen den Mut aufbringen, den Schreien und Rabulakommunisten entgegenzutreten, wird der Schaden, den diese Leute anrichten, gering sein.

Die Postgebühren ab 20. September 1923.

1. Briefe: 3m Drückverehr bis 20 g 100000 RT. über 20—100 „ 150000 RT. über 100—250 „ 250000 RT. über 250—500 „ 300000 RT. 3m Fernverehr bis 20 g 260000 RT. über 20—100 „ 350000 RT. über 100—250 „ 400000 RT. über 250—500 „ 450000 RT.	4. Geschäftspapiere: bis 250 g 250000 RT. über 250—500 „ 300000 RT. über 500—1000 „ 375000 RT.	5. Päckchen: bis 1 Kilo 500000 RT.	6. Zahlkarten: bis 2 RTM. einschließl. 20000 RT. über 2—5 RTM. 30000 RT. „ 5—10 „ 40000 RT. „ 10—30 „ 50000 RT. „ 30—50 „ 60000 RT. „ 50—100 „ 80000 RT. „ 100—200 „ 120000 RT. „ usw.
--	--	--	---

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 39. Woche (vom 23. bis 29. Septbr.) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

An unsere Verbandsmitglieder!

Die fortschreitende Geldentwertung zwingt uns, den Beitrag der „Bergarb. Ztg.“ ausgeschriebenen Extrabeitrag auch im Monat Oktober weiter zu erhöhen. Es werden deshalb dem jeweiligen Stundenlohn 25 Proz. zugeschlagen und der Beitrag dann nach oben oder unten abgerundet. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder für die Maßnahme Verständnis besitzen und in aller Eile dafür sorgen, daß die Beiträge wöchentlich in der notwendigen Höhe bezahlt werden. Ferner hat der Vorstand beschlossen, daß das Ein-trittsgeld vom 1. Oktober ab 30 Millionen Mark be-trägt. Jugendliche unter 18 Jahren und Frauen zahlen 15 Millionen Mark Eintrittsgeld.
Das Abonamentsgeld beträgt ab 1. Oktober pro Monat 10 Millionen Mark. Davon bleiben 8 Mill. RT. in der Zahlstelle, während 2 Mill. RT. an die Hauptkass abzuführen sind. Der Vorstand.

Achtung! Bezirk Hattingen Achtung!

Den Kameraden zur Nachricht, daß die Sperre aufgehoben ist, jetzt wieder Rechtschuß erteilt wird und zwar in Hattingen jeden Dienstag vormittag von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 Uhr ab, in Spröckhöl (Wirtschaft Hofe) nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Die Bezirksleitung.

Wotroy II. Erklärung.

Die Belidigung gegen den Kameraden Karl Hellwig nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Fröh Steinweg.